

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1205

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Geb. Arnhold, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangolohn mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und „Post und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.  
Eingelassen 10 M.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde von Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben  
40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenlegung 10 Pf.

Nr. 84

Dresden, Montag den 12. April 1926

37. Jahrg.

## Die englische Krise

Von unserm Londoner Mitarbeiter

S. London, am 10. April.

Weniger als drei Wochen trennen uns von dem schicksalsschweren 1. Mai, an dem die Entscheidung in der Kohlenkrise gefallen sein muß. Eine friedliche Lösung ist möglich, darüber gibt es auf keiner Seite irgendeinen Zweifel, ob sie zustandekommen wird, aber mehr als ungewiß. Indessen liegt die Ungewißheit wie ein schwerer Schatten über dem Lande und beginnt die wirtschaftliche Maschinerie zu lähmen. Der anfängliche Optimismus ist verfliegen und auf allen Seiten beginnt man sich zu fragen, durch welches Wunder man in den wenigen verbliebenen Tagen durch diesen aufgetürmten Berg ungelöster Vorfälle hindurchkommen wird.

Eines ist in diesem vorgeschrittenen Stadium klar: eine vollständige Lösung vom Verzicht der Kohlenkommission ist unmöglich. Wenn eine Überwindung der Krise überhaupt möglich sein soll, so kann sie nur auf der Basis des Kohlenberichts erfolgen. Nicht als ob er eine ideale Arbeit darstellt. Er ist in seinem kritischen Teile mit Ausnahme derjenigen Parteien, die sich auf die Sozialisierung beziehen, ausgezeichnet, im Konstruktiven mangelhaft — eine „liberale“ Mischung, aus allerlei verschiedenartigen Elementen zusammengebastelt, keineswegs eine konstruktive Synthese. Auch nach seiner Annahme und Durchführung wird nichts gelöst, sondern nur die allerunterversteckteste Schlamperei aus dem Wege geräumt sein. Das britische Kohlenproblem liegt tiefer, als daß es überhaupt mit irgendwelchen Halbheiten gelöst werden könnte.

Wie stellen sich die drei Parteien, Regierung, Arbeitgeber und Arbeiter, zu dem Kohlenbericht? Die Haltung der Regierung ist eindeutig. Sie hat den Bericht mit Haut und Haaren akzeptiert, seine Vertiefung, soweit die Geschäftsmaschinerie in Betracht kommt, versprochen, falls sich die Unternehmer und Arbeiter über den kritischen Punkt der zukünftigen Lohngestaltung einigen würden. Um es gleich vorwegzunehmen: diese Bedingung der Regierung war ein schwerer taktischer Scherz, der sich in den inzwischen verflochtenen beiden Wochen bereits so sehr gerächt hat, daß er die friedliche Erledigung der Krise geradezu in Frage zu stellen droht. Hätte die Regierung bedingungslos die Annahme des Berichtes erklärt, so wäre es, wie der Manchester Guardian mit Recht feststellt, für die beiden andern Parteien von Anfang an schwieriger gewesen, eine ebensolche verbindliche Erklärung für oder gegen den Bericht zu vermeiden. Die Regierung hat damit die Lohnfrage von der Frage der Umorganisation der Industrie losgelöst, der Zweideutigkeit der Unternehmererklärung für und Tor geöffnet, und so ohnweglos einen großen Teil der augenblicklichen Schwierigkeiten heraufbeschworen.

Die Stellungnahme der Unternehmer ist nichts als ein überaus geschickter Bluff. Sie haben zwar, unter dem Druck einer einflussreichen öffentlichen Meinung, anscheinend ihre offene Opposition gegen Umorganisation und Zusammenlegung im Kohlenbergbau aufgegeben, dafür aber in ihrer Auslegung der Lohnklauseln des Kohlenberichtes, entgegen dem Geiste und Wortlaut des Berichtes, unter der Maske der Zustimmung zum Verzicht ihre alte Forderung auf Zerstückelung des nationalen Lohnabkommens juristisch diskretionärer Lohnregelung eingeschmuggelt. Man muß dieses Moment im Auge behalten, da es, wie die jüngsten Entwicklungen auf der Arbeitnehmerseite beweisen, für die weitere Entwicklung der Krise von geradezu ausschlaggebender Bedeutung geworden ist.

Was die dritte Partei in der gegenwärtigen Krise, die Bergarbeiter, betrifft, so haben sie bisher ihre endgültige Stellung noch nicht festgelegt. Ihre Stellung gegenüber dem Kohlenbericht kann naturgemäß von Anfang an nicht so eindeutig bestimmt sein, wie sie es im vergangenen Jahre gegenüber den Unternehmersforderungen war. Die Unternehmer verlangten damals die Zerstückelung des nationalen Lohnabkommens zugunsten einer diskretionären Regelung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnkürzungen. Der Verzicht der Kohlenkommission hingegen wendet sich mit aller Schärfe gegen jede Arbeitszeitverlängerung und er spricht sich unmissverständlich gegen eine Zerstückelung der Lohnverhandlungen auf nationaler Basis aus. Was die Lohnkürzungen, die auch der Kohlenbericht fordert, anbelangt, so sind sie geringer als die Unternehmersforderungen vom Juli, lediglich als temporäre Maßregel gedacht und auf einzelne Arbeitergruppen beschränkt. Die schlechtbezahlten Arbeiter sollen von diesen Lohnkürzungen nicht betroffen werden. Während die Unternehmer sich im vergangenen Juli gegen die Notwendigkeit der Umorganisation des Bergbaues und gegen die Abschaffung der Bergergale ausgesprochen, tritt der Verzicht in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bergarbeiter für solche Maßnahmen ein.

Die Unternehmer haben ihrerseits bisher kein Sterbenswort darüber verlauten lassen, wie sie sich die künftigen Lohnregelungen nach dem 30. April vorstellen. So ist es verständlich, daß in den Kreisen der Bergarbeiter Aufstellungen von Forderungen zu Hund gehen, wonach die Unternehmer, nach dem 30. April, auf der Basis des Kohlenberichtes in der Lage wären, alle im vorigen Juli geplanten, nach darüber hinausgehenden Lohnkürzungen vorzunehmen. Daß dies, ebenso

wie jedes Mittel an dem System des nationalen Lohnabkommens, für die Bergarbeiter völlig unannehmbar ist, liegt auf der Hand. Die Bergarbeiter wünschen also zunächst erst einmal zu wissen, was von ihnen gefordert wird. Das ist der Sinn der gegenwärtigen Verhandlungen.

Es ist verständlich, daß inzwischen die Diskussion der möglichen Lösungen für die gegenwärtige Krise im Vordergrund steht. Dabei spielt insbesondere eine Andeutung Baldwin über eine Verlängerung der Staats-subsidien eine bedeutende Rolle. Man hält es in gewissen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß im Falle völlig ergebnisloser Verhandlungen die Regierung die Differenz zwischen den jetzigen und den auf Grund des Kohlenberichtes festzusetzenden Löhnen übernehmen wird. Es liegt jedoch auf der Hand, daß eine solche Fortführung der Subsidien unter einem andern Namen im ausgesprochenen Gegensatz zu den Feststellungen des Berichtes stünde und nur dann von der Regierung im Parlament und vor der Öffentlichkeit vertreten werden kann, falls unter dem Schutz dieser Subsidien die Umstellung des Bergbaues unmittelbar in Angriff genommen wird. Aber auch dann müßte Baldwin mit stärksten Widerständen, insbesondere im eigenen Lager, rechnen, wo man den völligen Zusammenbruch der mit großer Reklame angekündigten staatlichen Sparpolitik mit einem von Tag zu Tag steigenden Mißbehagen verfolgt.

## Wupeifu

Der siegreiche chinesische General als Diktator

Die Meldungen aus Peking besagen folgendes: Die Staatsgewalt in Peking, die im großen China selbst wenig Geltung und Macht hat, ist durch den siegreichen General Wupeifu übernommen worden. Seine Truppen haben in aller Heimlichkeit den Palast des bisherigen provisorischen Präsidenten Tsuan-tschihui (der wirkliche Präsident Tsao-kun hat seit Herbst gefangen) überfallen, die Wachen unschädlich gemacht und so die Regierungsmittel wie möglich verfaßt. Tsuan soll nach einer amtlichen Proklamation festgenommen, nach einer andern Meldung über Amerika jedoch in die japanische Botschaft entkommen sein. Wupeifu übernahm die Regierungsgewalt und soll die Absicht haben, den gefangenen Präsidenten Tsao-kun wieder einzusetzen. Barock

wird er noch gegen rivalisierende Truppen zu kämpfen haben. Wegen verhaßter Regierungsmittelglieder soll das Reichsamt bereits im Gange sein. Ob Wupeifu die Anerkennung und Hilfe der verbündeten Mächte suchen und finden wird, ist noch nicht erkennbar. Barock haben die Mächte gegen das Bombardement Peking durch die Sieger feierlichen Protest erhoben.

Den Kampf in China hat man schon öfter mit dem Dreißigjährigen Krieg verglichen. In beiden Fällen hat man es mit einer großen, von kriegerischen Wirren erfüllten Umwälzung zu tun. Unauslöschlich wechselndes Kriegszustand und oft in ganz kurzen Abständen völlige Veränderung in der Kräfteverteilung und im politischen Bild! Augenblicklich hat sich wieder einmal ein Umsturz vollzogen. Wupeifu und seine Helfer sind zur Zeit die Herren von Peking. Die Truppen Tschang-Tschao-Lins stehen im Westen und Südwesten der Stadt, die Armeen Wupeifus im Süden. Der bisherige Präsident Tsao-kun, der bis jetzt gefangen gehalten worden war, ist frei, dagegen der Reichsverweser Tsuan-tschihui verhaftet. Tsuan hat in der letzten Zeit bis zu einem gewissen Grade den Unparteilichen gespielt und sich als Reichsverweser schlecht und recht am Ruder gehalten. Seit der Demonstration der Peking-Studenten vor dem Präsidentenpalastgebäude hat sein Prestige jedoch stark gelitten.

Es bleibt selbstverständlich noch die Frage, wie sich das Verhältnis zwischen den beiden neuen Machthabern gestalten wird. Tschang-Tschao-Lins Truppen haben die Offensive gegen Peking ergriffen und dabei gewisse Erfolge erzielt. Mit einer Fortsetzung der Kämpfe zwischen Tschang-Tschao-Lin und Wupeifu muß gerechnet werden. Ein Erfolg Wupeifus würde eine neue Präsidentschaft Tsao-kuns bedeuten. Wupeifu, der sich großer Sympathien in China erfreut, ist von den fremden Mächten weniger abhängig als Tschang-Tschao-Lin. Eine Regierung unter Wupeifu wäre gleichbedeutend mit der Ausschaltung des russischen Einflusses in Peking.

Die Kuomintang-Partei, auf deren Haltung der politische Umsturz in China zurückzuführen ist, hat am Sonntagabend eine Proklamation erlassen, in der sie sich mit aller Schärfe gegen den bisherigen Präsidenten wendet und ihm als schweres Vergehen die Unterzeichnung des Goldfranken-Abkommens und die Niederbetelung der demonstrierenden Studenten vorwirft.

## Der Volksoffer-Scandal

III

Die Verschleierungsversuche

Anfang Oktober 1925 gingen durch die Presse die ersten Meldungen über die Unterschlagungen im Sächsischen Volksoffer. War man etwa zu diesem Zeitpunkt den Veruntreuungen gerade auf die Spur gekommen? Ach wie oft! Die Vorstandsmittelglieder des Volksoffers, der Ehrenvorsitzende, General Müller, und viele andre Eingeweihte hatten schon ein halbes Jahr früher Bescheid gewußt! Beschuldigte sie es dann nicht angezeigt haben? Weil eine heillose Angst vor dem „Barmarkstandal der Rechte“ bestand! Aber die Vorstandskomitee würden wohl die Anzeige überhaupt bis zum Sanftmutterleinstag aufgeschoben haben, wenn ihnen nicht ein Anonymus dazwischen geraten wäre. Dieser Anonymus teilte nämlich am 6. September 1925 dem zur Erholung in Gastein weilenden Direktor Lehning vom Volksoffer mit, daß die Anzeige erstattet sei. Sogleich holte Direktor Lehning das Langverfäulnis nach und erstattete auch Anzeige.

Ja, bis zum Oktober 1925 hatte sich schon allerhand ereignet.

Ende April des gleichen Jahres war es, als man im Vorstand des Nationalen Klubs es für ziemlich geraten hielt, einmal eine Durchsicht der Bücher zu veranstalten. Der Nationale Klub war eine ganz feudale Sache. Er hielt besonders sehr auf Kassenreinheit seiner Mitglieder, die über eine approbierte „nationale“ Befahrung verfügen mußten und höchstens dann beschritten sein durften, wenn sie sich im übrigen wirklich schwarzweißrot gebärdeten. Der Klub hatte ein elegantes Heim, nämlich die Padersteiner Villa in der Tiergartenstraße. Sie war ihm nicht so ohne weiteres angefallen. Heimlich trat jenerzeit, als die Villa erlangt werden sollte, der Familienvater und „Major“ Adolf Döfler auf, der Anspruch auf eine Wohnung besaß. Die Geschichte klappte, man bezahlte an die Stadt lumpige 5000 M. Abstandsgehalt, Döfler zog in die große Villa — und der Nationale Klub hatte sein Heim.

Als der Nationale Klub, bei dem Weigner der Schatzmeister war und Döfler die Bücher führte, am Ende April 1925 die behauptete Wiederprüfung vornehmen ließ, durfte er sich wundern. Die nach den Büchern gehaltenen Ausgaben für Rechnungen, deren ein so feudaler Klub natürlich viele bekommt, waren nämlich um rund 20 000 M. höher als die Einnahmen! Da beschäftigte sich, was man gemeint: Der Nationale Klub, der doch sonst in der Auswahl seiner Mitglieder so viel Vorplatz waltete, hatte sich bei der Wahl seines Schatzmeisters und dessen Vorführers auf recht wunderliche Weise vergiffen! Man dachte schleunigst einen Schlichter über die Sache, durch den nur die absolut Enggeweihten sehen konnten! Einen Schlichter, dem die „nationalen und vaterländischen Interessen“ waren gefährdet!

Eine Zeit darauf, im schönen Monat Mai, traf die dem Vorstand des Volksoffers beauftragte Revision im Bureau des Volksoffers ein. Sie konnte alsbald erkennen, daß sie den Auftrag viel zu spät erhalten hatte! Denn das Ergebnis der angefertigten Prüfung war kein schöneres als das beim Nationalen Klub. Es wäre ein noch schmählicheres gewesen, wenn sich die Revision gleich über die ganze Dauer des Bestehens des Volksoffers erstreckt haben würde. Man hätte dann gemerkt, daß das Geld, was beim Nationalen Klub abnimmt ausgegeben (und noch viele Tausende mehr!), beim Volksoffer schüttet! Als der Vorstand den Sommer erfuhr, bedachte er einen genau so biden Schleier wie der Nationale Klub über das Geld. Denn die „nationalen und vaterländischen Interessen“ waren diesmal noch mehr gefährdet!

## Der Schatten der Feme

Um die Zeit der Revision beim Volksoffer ging eine schawüle Femeleuft! Man sprach von „Verrollen“, „Beseitigen“, „Verschwinden“, „Erledigen“! Die Furcht unter denen, die mit den Unterschlagungen irgend in Verbindung gebracht werden konnten, wuchs und wuchs! Der Buchhalter des Volksoffers wagte sich aus Angst für sein Leben mehrere Tage und Nächte nicht in seine Wohnung! Ein anderer Angestellter rannte voller Furcht zum Arzt, weil er sich nach dem Besuch eines Verbündungsbruders bergriffen glaubte! Pflücker hielt Besprechungen! Wikingbändler haussuchten nach gefährlichem Material! Weigner zerrte verräterische Quittungen! Kaum ist etwas bezeichnet für die komplette Verrottung jener sogenannten „Vaterländischen“ als die Femeleuft, die damals in den Kreisen um Weigner geherrschte! Sie müssen einander sehr gut kennen!

Trotz aller Bewegung hielt die Verheimlichung an. General Hammer, der Führer der vaterländischen Verbände, General Müller, der Wehkreiskommandeur, Vorstand Lehning, der Industrielle, sie und die andern Eingeweihten alle, scharfsten weiter das Urteil der Öffentlichkeit, dargen weiter um die „nationale Sache“, trieben ferner Verschleierung! Lehning hat später gesagt, es wäre ihnen darauf angekommen, die unterschlagenen Summen ersetzt zu erhalten. Doch aus andern Mäandern hat es ganz anders geklungen! Zerschweigen um jeden Preis! Nie die Lösung.

Am 6. September 1925, einen Tag nach der erfolgten Anzeige der Unterschlagungen, hat der Dr. Weigner, dem es brenzlich zu werden begann, der Stadt seines langjährigen „nationalen“ Wirkens Vater gesagt. Die Rechnung im Sanatorium, in dem er sich zuletzt aufgehalten, blieb unbepahlt. Er nannte auch ein solches Ziel für seinen Aufbruch. Das richtige Ziel soll Spanien gewesen sein. Weigner wollte dorthin, weil er, wie er später sagte, spanisch sprach. Man weiß